

eines Gleichklangs schließt sich unmittelbar eine zweite an: In beiden Reihen muß bei jedem einzelnen Schaffen die gleiche endgültige letzte Sinngebung walten. Gleichwertig sind drittens die zwei Ordnungen, soweit in ihnen, in jeder für sich und in ihrem Bereich, die Arbeitsgattung mit einer gewissen Notwendigkeit, aber auch Selbstverständlichkeit aus alten Familienüberlieferungen fließt. Dieser Traditionswert als solcher ist in seiner rein hergestellten, abgeschlossenen Form auf allen Gebieten gleich groß. Die vierte Gleichheit trifft zu, sobald man den individuellen Sinn des Einzellebens ins Auge faßt; die Arbeit muß, soweit sie das ganze Diesseits umschließt, dem persönlichen Gesamtleben einen abgeschlossenen Sinn verleihen. Auch vom Standpunkt dieses reinen Sinnes aus, des Diesseitssinnes als solchen, erscheint jede Arbeit gleichwertig.

Theoretische Werturteile sind aber wenig nütze. Nur zu oft werden sie von Eifersucht und Minderwertigkeitsgefühlen eingegeben und gelenkt. Nebeneinander und in Ehrfurcht voreinander wertvoll arbeiten ist besser als stirnrunzelnd vergleichen.

Kulturbericht

Von Jakob Overmans S. J.

I.

Auf der Weltausstellung in Chicago, die sich kühn „Ein Jahrhundert des Fortschritts“ nennt, fehlt nicht eine „Halle der Religion“, aber Wilfrid Parsons S. J. bezeugt in der von ihm herausgegebenen Newyorker Wochenschrift „America“ (22. Juli 1933, S. 367), daß dort Juden und Mormonen, Heilsarmee und Luthertum und noch manches andere Bekenntnis gut vertreten ist, die katholische Kirche fast gar nicht. Nach langem Suchen finde man „den mehr als zweifelhaften Kelch von Antiochia und an einem abgelegenen Seitenweg ein Kapellenauto“. Sogar Länder wie Italien und die Tschechoslowakei hätten sich „offenbar bemüht, ihre katholischen Überlieferungen nicht in die Ausstellung aufzunehmen“. — Oder soll man auch hier sagen, die katholische Kirche habe durch ihre Abwesenheit betonen wollen, daß sie außerhalb der Reihe aller andern Religionen steht?

Trotzdem hat sie ernsten Anlaß, mit allen tauglichen Mitteln ihre Werbekraft zu erhöhen. So erklärte, wie der „Osservatore Romano“ (12. August 1933, Nr. 188) mitteilt, Erzbischof Leo Peter Kierkels, Apostolischer Delegat für Ostindien, bei seiner Ankunft in Rom, weder bei den Buddhisten in Birma und Ceylon noch bei den indischen Mohammedanern habe die Mission nennenswerten Erfolg. Bei den Hindus stoße sie auf den „blinden Konservatismus der Massen“ und die „Gleichgültigkeit der Gebildeten“. Die führenden Klassen haben an den Universitäten des Abendlandes oder Indiens „oft jedes religiöse Empfinden verloren oder doch katholikenfeindliche Ansichten in sich aufgenommen. Das starke Verlangen nach politischer Selbständigkeit steigert die Abneigung gegen alles Fremde,

also auch gegen das Christentum“. Dazu kommt namentlich in Südindien die rastlose Tätigkeit kommunistischer Aufwiegler.

Wie sehr viele gebildete Chinesen über den Ausschließlichkeitsanspruch des Christentums denken, spricht P. K. Mok, ein chinesischer Student der Columbia-Universität in Neuyork, im „Atlantic Monthly“ (August 1933, S. 147 ff.) packend aus. „Der abendländische Geist scheint gar nicht zu begreifen, wie ein guter und frommer Mann zugleich Konfuzianer, Buddhist, Taoist und Christ sein kann. Die Christen in Europa und Amerika halten das für unrecht und unmöglich, aber Tausende von chinesischen Christen verwirklichen es.“ Andererseits kann man „keinem gescheiten Chinesen den Glauben beibringen, das verwickelte System von Himmel und Hölle, die Jungfrauengeburt, die Geschichte von Jonas und dem Walfisch, das Wunder von den zwölf Körben mit den übriggebliebenen Fischen und Broten seien für die wahre Religion von wesentlicher Bedeutung.... Die Lehre von der Erbsünde ist für einen Chinesen widerlich.“ So sei es gekommen, daß mancher getaufte chinesische Student der Kirche den Rücken gekehrt habe, um in freier Begeisterung für die „menschlich große Gestalt Christi“ an der wirtschaftlichen und sozialen Hebung des Volkes zu arbeiten. „Diese jungen Chinesen sind die echten Missionare.“ — Nicht nur katholische Missionare, die Mok übrigens nicht zu kennen scheint, hätten auf diese allzu wenig unterscheidenden Darlegungen manches zu erwidern, auch von protestantischer Seite kann der anglikanische Bischof Fiske von Neuyork erklären („Atlantic Monthly“, September 1933, S. 307 ff.), weshalb die „echten Missionare“ nur die noch immer vorhandenen und noch immer nicht überflüssigen Männer sind, die ohne Preisgabe vernünftiger Kritik und ohne Verkennung wirtschaftlicher Notwendigkeiten die felsenfeste Überzeugung vom einzigartigen Werte des Christentums in sich tragen und ihr Leben daran setzen, diese beglückende Überzeugung der Heidenwelt durch Wort und Beispiel zu vermitteln.

Dieselbe Sorge um die innere Wahrhaftigkeit der Glaubensverkündung bewegt angesichts der neuen „Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche“, wie der Erlanger Professor Hermann Sasse in den „Theologischen Blättern“ (September 1933, Sp. 274 ff.) ausführt, „viele Tausende von evangelisch-lutherischen Christen aus allen Teilen Deutschlands“. Sie „stehen vor der Frage, ob die neue Deutsche Evangelische Kirche noch Raum für sie hat. Nicht weil sie Eigenbrötler wären, sondern weil sie in ihrem Gewissen an Gottes Wort gebunden sind“. Die lutherischen Landeskirchen seien, „ohne Widerspruch zu erheben, Glieder einer Kirche geworden, die nach dem klaren und unmißverständlichen Wortlaut des 7. Artikels der Augustana keine Kirche im Sinne der lutherischen Reformation ist“. Schon die preußische Union von 1817 habe sich als „das furchtbare Verhängnis für den deutschen Protestantismus“ erwiesen, und nun hätten die „Deutschen Christen“ die Union praktisch auf das ganze Reich ausgedehnt. Auch der Kieler Professor Hermann Mulert betont in der „Christlichen Welt“ (19. August 1933, Sp. 768) die Spannung zwischen protestantischer Freiheit und fortschreitender, aus dem Führergedanken

entspringender Vereinheitlichung: „Eine Priesterkirche kann rein autoritär geleitet und dann uniformiert werden, eine evangelische Kirche nicht.“ Wie trotz aller Gegensätze die neue Einheit zuletzt doch allen innerlich annehmbar gemacht werden soll, darf man wohl aus den in der „Reformation“ (1933, Nr. 16) mitgeteilten Worten des preußischen Landesbischofs Ludwig Müller entnehmen, der ja das besondere Vertrauen der Staatsleitung genießt: „Wir müssen uns daran gewöhnen, daß weder die Deutschen Christen noch die Jungreformatorische Bewegung, weder die Kommissare des Staates noch die alten Kirchenvertretungen die Kirche sind. Wir müssen alle wieder erst Kirche werden.“

Einer in gewissem Sinne ähnlichen Entwicklung in England hat die Oxfordbewegung, deren Jahrhundertfeier im Juli von den Anglikanern eindrucksvoll begangen wurde, vergebens zu steuern gesucht. Gewiß haben ihre Führer die „gesamte altanglikanische Überlieferung zu neuem Leben erweckt“ („The Spectator“, 14. Juli 1933, S. 37), und „ohne Zweifel ist seit 1833 der anglikanische Geistliche pflichtbewußter und eifriger“ (Pastor Guthke in der „Zeitwende“, Juli 1933, S. 64). Aber „die anglikanische Kirche steht nicht mehr in der Front der Reformationskirchen“ (Guthke, S. 67), und die beiden Hauptziele, die John Keble 1833 in der Oxforder Universitätskirche aufgerichtet hat: Freiheit gegenüber dem vom Anglikanismus abgefallenen Staate und Abkehr von der liberalistischen Lehrentwicklung, sind nicht erreicht worden. Heute hält nur der Staat „drei einander entgegengesetzte Parteien, den Anglikanismus, den Evangelischen Protestantismus und den Modernismus, in einer Kirche zusammen, die trotzdem katholisch sein will“; ... allein „die Übernahme so vieler römisch-katholischer Lehren und Gebräuche macht eine Kirche nicht katholisch, wenn sie gleichzeitig duldet, daß modernistische Pfarrer und Bischöfe diese Lehren und die Artikel des Glaubensbekenntnisses leugnen“ (Francis Woodlock S. J. in „Catholic Times“, 7. Juli 1933, Nr. 3432). Immerhin ist infolge der Bewegung in den letzten hundert Jahren das Verständnis für den echten Katholizismus, auch weit über England hinaus, in vielen Seelen gewachsen.

Wegen der größeren Klarheit und Geschlossenheit des katholischen Kirchenbegriffes ließen sich in dem am 20. Juli 1933 unterzeichneten Reichskonkordat die wechselseitigen Beziehungen leichter regeln, zumal da die neue Staatsführung von vielen innenpolitischen Bindungen früherer Regierungen frei war. So kam rasch ein Vertrag zustande, dessen allgemein menschliche und staatsmännische Weite schon viele in Erstaunen gesetzt hat, und dessen Durchführung das katholische Deutschland vor manchen Sorgen und Kämpfen vergangener Jahrzehnte bewahren wird. Selbstverständlich hat Rom durch dieses Konkordat ebensowenig ein Urteil über die nationalsozialistische Staatsauffassung abgegeben wie die deutsche Regierung über die Wahrheit der katholischen Kirchenlehre, wohl aber liegt in der Tatsache eines so umfassenden Vertragswerkes eine für den neuen Staat und die alte Kirche gleich wichtige Gewähr der Hoffnung auf gedeihliche Zusammenarbeit. Nachdem die Reichsregierung sich bereit erklärt hatte, über einige Punkte, die noch näherer Vereinbarung

bedürfen, besonders über die Rechte der katholischen Presse und der katholischen Vereine, „baldigst zu verhandeln, um zu einem dem Wortlaut und dem Geiste des Konkordates entsprechenden gegenseitigen Einvernehmen zu gelangen“, wurde das Konkordat schon am 10. September 1933 ratifiziert und erlangte damit Rechtskraft.

Daß die katholischen Vereine, denen unterdessen die Behauptung ihrer Selbständigkeit nicht immer gelungen war, schon nach ihren eigenen Grundsätzen die nationalen und christlichen Bestrebungen der Staatsregierung kräftig unterstützen, läßt sich nicht bestreiten. So standen im Arbeitsdienst, wie in der Monatschrift „Deutsches Volk“ (Juli 1933) ausführlich nachgewiesen wird, wenn man von den „rein wirtschaftlichen oder behördlichen Trägergruppen“ absieht, „innerhalb der eigentlichen erzieherischen Arbeitsdienstträgerorganisation die katholischen Verbände an der Spitze.... Mit den übrigen großen Dienstträgerorganisationen, wie z. B. Stahlhelm, herrschte das Verhältnis einer loyalen Arbeitskameradschaft“. Auch die „Rundfunkarbeitsgemeinschaft der Deutschen Katholiken“ konnte im Bericht über ihre letzte Jahrestagung betonen, sie habe zur Weckung der „ursprünglichen Kräfte des Volkes“ durch den Rundfunk schon 1932 in Breslau aufgerufen. „Mit diesem Ruf wollten wir den großen Gefahren des Rundfunks in aller Öffentlichkeit begegnen, die wir in der Verakademisierung des Rundfunks und in der Relativierung der Werte durch den Rundfunk immer sahen.“ — Selbstverständlich sind auch in Zukunft besondere Organisationen zur Pflege der eigentlich katholischen Werte im deutschen Leben unentbehrlich.

So werden die deutschen Katholiken trotz der dankenswerten staatlichen Säuberung der allgemeinen Leihbibliotheken die Volksbibliotheken des Borromäusvereins noch mehr als bisher beachten müssen. Schon lange hat die zunehmende Verarmung ihnen neue Leser aus allen Ständen zugeführt, und seit einigen Jahren ist durch eine in Bonn gegründete Fernleihbibliothek des Borromäusvereins dafür gesorgt worden, daß jeder gegen eine geringe Gebühr auch Bücher erhalten kann, die für Ortsbibliotheken zu wissenschaftlich oder zu teuer sind.

Ob unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen das Bedürfnis nach drei neuen katholischen Zeitschriften ebenso stark war, wird erst die Zukunft lehren können. Die von Dr. Reinermann geleitete Monatschrift „Deutsches Volk“, die in eigenem Verlag in Köln erscheint, will für „sozialen Aufbau und nationale Erziehung“ wirken, begrenzt aber diese allen katholischen Zeitungen und Zeitschriften gemeinsame Aufgabe irgendwie dadurch, daß sie ihre Leser zunächst in den großen sozialen Verbänden der deutschen Katholiken sucht. Auf einen geistig gehobenen Leserkreis ist die Monatsschrift „Das Wort in der Zeit“ (Hauptschriftleiter Rektor Aussem, Verlag Manz in München) angelegt, während die Wochenschrift „Zeit und Volk“ (Herausgeber A. Emmerich und Dr. Krumbach, Verlag Kösel in München) für breitere Massen gedacht scheint. Die Kernsätze in den Programmen verheißen nichts anderes, als was die ganze katholische Presse Deutschlands anstrebt und anstreben muß. Das „Wort in der Zeit“ kämpft gegen jede „Organisation, die nicht Leben in sich

trägt“, und erklärt: Diese Zeitschrift „soll jedem zu helfen versuchen, die in ihn von Gott hineingelegte Idee in der Bildung seiner selbst zu entwickeln und zu erfüllen. . . . Jeder aus gläubiger Idee lebende Katholik und Christ ist uns als Mithelfer und Mitgestalter willkommen“. Und hatten wir wirklich, wie „Zeit und Volk“ meint, auf katholischer Seite noch kein „zielbewußt geleitetes Organ, das aus innerster religiöser und nationaler Überzeugung die mannigfachen Wege zur Mitarbeit am neuen Deutschland aufzeigt“? Aber vielleicht suchen die drei Neugründungen ihre Berechtigung weniger durch die Sache, die sie vertreten, als durch die besondere Form der Vertretung zu erweisen, und es mag wohl geschehen, daß dadurch Kräfte wach werden, die bisher schlummerten.

Als großartige Erweckung religiösen Lebens neben dem trotz beklagenswerter politischer Spaltungen ungewöhnlich eindrucksmächtigen Wiener Katholikentag offenbarte sich besonders die Ausstellung des Heiligen Rockes, die über zwei Millionen Pilger nach Trier zog. Für das Verständnis dieser oft falsch beurteilten Feier ist zu beachten, daß durch das Kirchenrecht (CJC 1285) verboten ist, eine uralte öffentliche Andacht zu Reliquien, deren Echtheit nicht sicher feststeht, deshalb einzustellen. Darin läge ein Mangel an Ehrfurcht vor der geheiligten Person, mit der diese Dinge vielleicht doch in unmittelbarer Beziehung gestanden haben, und für sehr viele Gläubige eine schwere Störung religiöser Gefühle, die sich ja auch bei unechten Reliquien im Grunde immer auf den wahren Gott richten. Soweit sie sich zunächst an Reliquien oder private Offenbarungen und Erscheinungen knüpfen, hat die Verehrung, wie Pius X. am Schlusse seines Rundschreibens gegen den Modernismus erklärt, stets den einschränkenden Vorbehalt der Echtheit. — Der Trierer Domkapitular E. Kammer bietet in seiner gut illustrierten Schrift „Der Heilige Rock in Trier“ (Trier 1933, Paulinus-Druckerei) eine sorgfältige Zusammenstellung dessen, was grundsätzlich und geschichtlich über die berühmte Reliquie zu sagen ist. Obgleich ein zwingender Beweis für die Echtheit nicht zu erbringen ist (S. XVI), sprechen doch auch keine durchschlagenden Gründe gegen die Trierer Überlieferung. Der Hirtenbrief des Bischofs von Trier betont von neuem, „daß niemand eine Sünde begeht, der sich nicht entschließen kann, eine einzelne bestimmte Reliquie zu verehren, an deren Echtheit er mit vernünftigen Gründen zweifelt“ (S. 112).

Zur Förderung der kirchlichen Kunst haben die österreichischen Bischöfe eine gemeinsame Kundgebung erlassen, die das Gotteshaus gegen fromme Geschmacklosigkeit wie gegen ästhetische Willkür schützen will. Bau und Ausstattung der Kirchen sollen „gottbegnadeten Künstlern“ übertragen werden, die „zwar auch die Formensprache der Zeit sprechen“, aber vor allem bedenken, daß sie „einem gläubigen katholischen Volke in erster Linie objektiven katholischen Glaubensinhalt zu vermitteln haben“. Dieselben Anschauungen vertritt ein sehr praktisches „Merkblatt für den Klerus und geistliche Institutionen über die Zusammenarbeit mit Künstlern“, das die „Notgemeinschaft katholischer Künstler Deutschlands“ (Freiburg i. Br., Werthmannplatz 4) mit besonderer

Empfehlung des kunstsinnigen Erzbischofs Dr. Konrad Gröber herausgegeben hat.

Hohe Anerkennung zollt der sozialwissenschaftlichen Literatur der deutschen Katholiken der holländische Franziskaner Cassianus Hentzen in der Vorrede seines auf drei Bände berechneten Werkes „*Commentaar op Quadregesimo anno*“ (I. Band, 's-Hertogenbosch 1933, Teulings). Er hält sie für viel reichhaltiger als die jedes andern Volkes und erklärt geradezu: „Es muß wohl einmal festgestellt werden, daß in Ländern ‚lateinischer Kultur‘ die hohe Bedeutung ‚des Katholizismus für das wirtschaftlich-soziale und politische Leben von den Katholiken selber, vielleicht infolge Zurückdrängung aus dem öffentlichen Leben, nicht genug begriffen oder jedenfalls nicht mit genügendem Schwung zur Geltung gebracht wird.“

Nicht minder beachtenswert ist für den katholischen Wissenschaftsbetrieb überhaupt die Äußerung eines andern Holländers. J. Steins S. J., Direktor der Vatikanischen Sternwarte, gab in den holländischen „*Studiën*“ (August 1933, S. 88) seine „volle Zustimmung“ einem nichtkatholischen Astronomen, der zum dreihundertsten Gedenktag der Verurteilung Galileis am Schlusse einer aktenmäßigen Darstellung bemerkt hatte: „Gegensätze zwischen Theologie und Naturwissenschaft, wie sie sich beim Galileiprozeß gezeigt haben, sind auch jetzt, freilich in anderer Form, möglich. Die damit zusammenhängenden Fragen sind noch nicht endgültig gelöst, aber die Lösung muß durch Zusammenarbeit aller gläubigen Vertreter der Wissenschaft gesucht werden. Die Entscheidung von 1633, deren Unrichtigkeit später anerkannt werden mußte, ist eine Warnung für alle, die auf Grund einer bestimmten Auslegung oder Auffassung der Bibel ernsthafte Ergebnisse der Naturwissenschaft in Acht und Bann tun möchten.“

Eine raschere und nicht soviel Aufsehen erregende Rechtfertigung scheinen die Verteidiger des hebräischen Strophenbaus zu finden, der auf den ursprünglichen Sinn großer Teile des Alten Testamentes überraschendes Licht wirft. Als der 1905 gestorbene J. K. Zenner S. J. vor mehr als hundert Jahren begonnene strophische Untersuchungen zu einem System ausbaute, wurde er wegen der Umstellungen, die er am überlieferten Text vornehmen mußte, von katholischer Seite lebhaft angegriffen. Nun hat A. Condamin S. J. („*Poèmes de la Bible*“, Paris 1933, Beauchesne) die seit Jahrzehnten von ihm vorgelegten Beweise durch grundsätzliche Darlegungen und zahlreiche Beispiele aus verschiedenen Büchern des Alten Testamentes neu verstärkt. Im Vorwort stellt er seinem deutschen Ordensbruder das Zeugnis aus: „Bis jetzt scheint die in leichten Scharmützeln umkämpfte Strophentheorie Zenners keine schwere Wunde davongetragen zu haben.“

II.

Ein tröstliches Urteil fällt über den Mißerfolg der Weltwirtschaftskonferenz ein guter Beobachter im Londoner „*Spectator*“ (28. Juli 1933, S. 116): „Noch vor wenigen Wochen konnte man ohne Furcht vor Wider-

spruch behaupten, es werde ein Unglück für die Welt sein, wenn die Konferenz mißlinge. Heute reisen die Abordnungen mit ziemlich viel Gleichmut nach Hause und sind allgemein überzeugt, es werde der Welt nicht wesentlich schlechter gehen als vor dem Beginn der Konferenz. In mancher Hinsicht kann es ihr sogar besser gehen. Denn obgleich die praktischen Ergebnisse gering sind, hat man sich doch auf eine ganze Anzahl von Grundsätzen geeinigt, und jedenfalls können einzelne Staaten für sich diese Grundsätze anwenden. Die Brüsseler Finanzkonferenz des Jahres 1920 hat die Regierungen durch keinerlei Beschluß gebunden und dennoch starken Einfluß auf sie ausgeübt. Auf alle Fälle werden die Staaten sich nach den Londoner Besprechungen scheuen, die in der Theorie so einhellig verurteilten Verbote und Einschränkungen noch zu vermehren.“

Weit mehr Erfolg hatte unbeschadet schwerer Hemmungen die staatliche Regelung des mächtigsten geschlossenen Wirtschaftsgebietes der Erde durch das auf eine Geltungsdauer von zwei Jahren beschränkte nordamerikanische Wiederaufbaugesetz für die Industrie. Einer seiner geistigen Urheber, John Dickinson, Unterstaatssekretär im Handelsministerium und Professor für Staatsrecht an der Universität von Pennsylvanien, legt im „Atlantic Monthly“ (September 1933, S. 371 ff.) die dem Gesetz zu Grunde liegende Wirtschaftsauffassung dar. Alle Initiative bleibe dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer vorbehalten; nur bei ihrem Versagen greife der Staat ein, aber nicht wie früher durch Maßnahmen für einzelne Zweige der Wirtschaft, etwa den Ackerbau oder das Bankwesen oder die Arbeitslöhne, sondern durch organische Erfassung des gesamtwirtschaftlichen Systems. Bisher habe man sich zu sehr darauf verlassen, daß aus der Besserung der einzelnen Teile die Besserung des Ganzen von selber erfolgen werde. „Wir können nicht erwarten, daß alles sich einrenken werde, wenn wir jedes Sonderinteresse so weit und so eifrig wie möglich Zielen zustreben lassen, die der Eigennutz erdacht hat. Wir müssen weder das Interesse des Schuldners noch das des Gläubigers vertreten, sondern das gemeinschaftliche Interesse innerhalb des gesamten Wirtschaftsprozesses, in dem Schuldner und Gläubiger nur Teile sind.“ — Das ist ja keine neue Erkenntnis, aber Präsident Roosevelt hat erreicht, daß ihre Anwendung mit beispielloser Begeisterung und in riesigem Ausmaß begonnen wurde.

Auch in die bedrohlich anwachsende japanische Wirtschaft hat die Regierung unter dem Drucke der Not immer stärker eingegriffen. Die Entwicklung der Schifffahrt, der Auswertung Koreas, der Mandschurei und Chinas, der Versorgung mit Rohstoffen aller Art, des Fabrikbaus, der Landwirtschaft, der Auswanderung ist bekanntlich seit langem bevölkerungspolitisch gelenkt worden. Japan ist besonders infolge des Sinkens seiner Währung durch kluge Rationalisierung, knappe Löhne und lange Arbeitszeiten auf den Märkten Amerikas, Australiens, der holländischen Sundainseln und vor allem Indiens unaufhaltsam vorgedrungen. Es hat dann begonnen, sich von der australischen Wolle unabhängig zu machen, einen Teil der Einfuhr Ägyptens durch Baumwollkäufe an sich zu reißen, Fahrräder, Glühlampen und Kunstseide zu den niedrigsten Preisen in den

Welthandel zu bringen, und zu all diesen Vorstößen gegen die alten Industrieländer ist nun, wie im Handelsteil des „Berliner Tageblatts“ (11. September 1933, Nr. 426) zu lesen war, eine überraschende Zurückdrängung des deutschen und englischen Bieres gekommen. „Außer in Korea und Mandschukuo werden Riesenmengen japanischen Bieres in Britisch-Indien, auf den Inseln des Stillen Ozeans und selbst in den Küstengebieten Südamerikas, nicht zu vergessen auch in Niederländisch-Indien abgesetzt.“ Von Anfang 1930 bis Juni 1933 ist in Niederländisch-Indien die holländische Biereinfuhr von halbjährlich 1,3 Millionen Liter auf 0,8 Millionen Liter, die deutsche von 5,2 Millionen auf 0,9 Millionen gesunken, dagegen die japanische von 0,4 Millionen Liter auf 2 Millionen Liter gestiegen!

Als weitaus am schwierigsten erweist sich die Wirtschaftsplanung in Rußland. Schon seit Beginn des Jahres ist immer wieder — durch englische Berichterstatter, die große Teile Rußlands durchwandert hatten, durch die amtlichen Meldungen Dr. Otto Schillers, des landwirtschaftlichen Sachverständigen der Deutschen Botschaft in Moskau, durch Aussagen von Flüchtlingen und durch Hunderte von Privatbriefen aus Rußland — die Aufmerksamkeit der Welt auf eine schreckliche, sogar in ehemals fruchtbaren Gebieten herrschende Hungersnot gelenkt worden. Die Tatsachen sind aus den Zeitungen allgemein bekannt, weniger die Ursachen. Dr. Schiller findet sie hauptsächlich darin, daß die schnelle Vergemeinschaftung Arbeiter und Bauern vor eine Aufgabe stellte, der sie psychologisch nicht gewachsen waren. Es ist z. B. begreiflich, daß die Bauern, bevor sie sich in die Kollektivwirtschaft zwingen ließen, zu ihrem augenblicklichen Vorteil viele Millionen Stück Vieh abschlachteten, und daß in den Kollektivwirtschaften weitere große Viehbestände durch die Nachlässigkeit vermeintlich uninteressierter Pfleger zugrunde gingen. Aber infolge solcher Kurzsichtigkeit ist nun eine ausreichende Bebauung des Landes unmöglich, weil von den früheren 15 Millionen Pferdestärken des Zugviehs die Hälfte verschwunden ist und durch die nur zwei Millionen Pferdestärken der vorhandenen Traktoren, die zudem wegen schlechten Baues oder schlechter Pflege häufig außer Betrieb sind, nicht ersetzt werden kann. Ebenso versteht man, daß die dem Kommunismus besonders abgeneigten Ukrainer sich der Ablieferung des Getreides an den Staat und der Kollektivierung auch mit Gewalt widersetzen, aber damit spielten sie nur der viel stärkeren Regierungsmacht in die Hände: die politisch gefährlichsten Kosaken wurden zu Tausenden in entfernte Gegenden verschickt, und den zurückbleibenden fehlten zur Bestellung der Felder die Mittel und die Kräfte. Nicht einmal die geheime Staatspolizei (OGPU.), die mit ihren Sträflingsheeren für allgemeine Zwecke in Landwirtschaft und Industrie gewaltige Arbeiten ausgeführt hat, konnte schließlich die Versorgung der Bevölkerung sichern. Denn obwohl sogar der Berichterstatter der „Münchener Neuesten Nachrichten“ (4. August 1933, Nr. 211) zugibt, „daß ihre Beamten in moralischer und geistiger Qualität im allgemeinen turmhoch über den Zivilbeamten standen“, hat die mit den Riesenaufgaben notwendig gewordene Vermehrung ihrer Zahl die Bedingungen für die Aufnahme natürlich herabgedrückt. Und selbst wenn die nun über die früher ziemlich

unabhängige Staatspolizei gestellte „Prokuratur des Rätebundes“ Wandel schaffen kann, ist es für große Teile der hungernden Bevölkerung zu spät. Hier hilft nur schnelle und freigebige Unterstützung der internationalen Ausschüsse, die ohne Rücksicht auf Schuld, Rasse und Weltanschauung das Rettungswerk in Angriff genommen haben.

Solche Vorgänge bestärken natürlich die deutsche Wirtschaft in ihrer Scheu vor Sozialisierung. „Was uns groß gemacht hat“, sagte Reichswirtschaftsminister Schmitt am 13. Juli 1933 in einer Rede an Wirtschaftsführer und Vertreter der Presse („Germania“, 14. Juli 1933, Nr. 191), „ist die Ausnutzung der individuellen Fähigkeit. Wenn wir sozialisierten, würden wir als Maßstab des Tempos der nationalen Arbeit das Tempo der langsamsten Arbeit aufstellen.“ Das soll aber nicht als Antrieb zu größter Eile verstanden werden; im Gegenteil ist es der Wille des Reichskanzlers, „den Weg der langsamen und gesunden Entwicklung zu gehen.“ Daher ist auch der an sich sehr erwünschte „ständische Aufbau“ einstweilen „abgestoppt und zurückgestellt worden, ... weil die Gefahr besteht, daß eine Reihe unberufener Elemente versucht, auf diesem Gebiete Experimente zu machen, die Wirtschaft zu stören, sich Einflußsphären zu schaffen, Stellungen auszubauen und alle möglichen Absichten durchzuführen“. Unbeschadet berechtigter Freude über die Erfolge der Regierung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit betonte derselbe Minister einen Monat später auf dem Kölner „Kongreß der deutschen Arbeit“ („Berliner Tageblatt“, 14. u. 15. August 1933, Nr. 378 u. 379), nationale Begeisterung ohne wirtschaftlich gesunde Berechnung vermöge uns nicht zu retten. „Es hat keinen Zweck, wenn man heute die Arbeitslosen in einem Bezirk auf Befehl in Arbeit bringt, ohne daß die Unternehmen es verdauen können, oder wenn man sie auf einen andern Bezirk abschiebt.“ Natürlich müsse Arbeit beschafft werden, aber „Arbeitsbeschaffungsprogramme werden immer nur eine Zündung bedeuten, immer nur einen Anfang“. Und um so schwieriger ist eine Aufwärtsbewegung der deutschen Wirtschaft durch öffentliche Hilfe zu stützen, als nach einer Mitteilung des Ministerialdirektors Hedding im Steuerausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages („Frankfurter Zeitung“, 9. September 1933, Reichsausgabe) „die kommenden Haushaltsjahre bereits sehr stark vorbelastet“ und „Mittel für eine ins Gewicht fallende Steuersenkung in absehbarer Zeit nicht vorhanden“ sind.

III.

Es ist erfreulich, daß die deutsche Staatsregierung, deren Rechtsgrundlage ja nicht auf revolutionärem Wege, sondern durch die Reichstagswahlen und das Ermächtigungsgesetz geschaffen wurde, sich auch weiterhin gegen außeramtliche Eingriffe zur Wehr setzte. Für die friedliche Aufbauarbeit im Innern wie für das Ansehen des Reiches nach außen ist es mehrmals notwendig gewesen, durch die Presse strenge Regierungsverfügungen gegen jede „Fortsetzung der Revolution“ bekannt zu geben. Wer jetzt noch von Revolution rede, sagte Reichsminister Frick in einem „im besondern Auftrag des Herrn Reichskanzlers“ an alle Reichs-

statthalter und alle Landesregierungen gerichteten Rundschreiben, der müsse „sich darüber klar sein, daß er sich damit gegen den Führer selbst auflehnt und entsprechend behandelt wird“. Es sei „mit allen Mitteln zu verhindern, daß irgend welche Organisationen oder Parteistellen sich künftig noch Regierungsbefugnisse anmaßen“. Namentlich ständen Eingriffe in die Wirtschaft nur den „Trägern der Staatsautorität“ zu und müßten, wenn sie von anderer Seite ausgingen, „mit den schärfsten Maßnahmen (mindestens Schutzhaft), gegen wen immer, geahndet werden“ („Germania“, 12. Juli 1933, Nr. 189). Fast gleichzeitig verfügte der preußische Justizminister: „Wer unbefugt zu irgend welchen Festnahmen schreitet, soll wegen Freiheitsberaubung und Amtsanmaßung zur Verantwortung gezogen werden. Ist die Freiheitsberaubung in der Absicht begangen, sich des der Freiheit Beraubten als Geisel im politischen Kampf zu bedienen, so kommt Zuchthaus und unter Umständen Todesstrafe in Betracht“ („Germania“, 14. Juli 1933, Nr. 191). Bald folgte ein Erlaß des preußischen Unterrichtsministers an die Oberpräsidenten und die Regierungspräsidenten: „Unberufene, Einzelpersonen wie Verbände, greifen immer wieder in den Staatsapparat, insbesondere in die Schul- und Hochschulverwaltung ein und maßen sich staatliche oder kommunale Befugnisse an.“ Solche Dinge „können und dürfen unter keinen Umständen geduldet werden“ („Vossische Zeitung“, 22. August 1933, Nr. 399). Vonseiten der nationalsozialistischen Partei verlangte Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß, jeder Nationalsozialist müsse sich „bewußt sein, daß Mißhandeln von Gegnern jüdisch-bolschewistischer Gesinnung entspricht und des Nationalsozialismus unwürdig ist“. Wer das nicht beachte, sei schwer zu bestrafen („Germania“, 27. Juli 1933, Nr. 200). Ebenso verkündete Heß in einer von allen Parteiblättern zweimal nachzudruckenden „Anordnung“: „Jeder Nationalsozialist“, der „auch durch Belästigung von als Gäste in Deutschland weilenden Ausländern“ denen Vorschub leiste, die uns durch „außenpolitische Schwierigkeiten“ zu schädigen suchen, habe „schwerste Strafe, einschließlich Ausschluß aus der Partei, zu gewärtigen“ („Völkischer Beobachter“, 11. September 1933, Nr. 254). Daß trotz begreiflicherweise sehr großer Hindernisse alle diese Bemühungen um Recht und Ordnung nicht vergeblich gewesen sind, wird auch von dem gewiß nicht zu deutschfreundlichen Berliner Berichterstatte des „Écho de Paris“ (30. Juli 1933, Nr. 19 644) in einem zusammenfassenden Rückblick anerkannt. Natürlich hätten sich in sechs Monaten nicht alle Hoffnungen erfüllt, aber Adolf Hitler bleibe trotzdem „in den Augen der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes der einzige Mann, der eine Besserung der Zustände herbeizuführen vermag... Seine Diktatur hat keinen ernsthaften Gegner zu fürchten, sie ist fest begründet und wird lange dauern.“

Hitler selber hat bei der eindrucksvollen Massenschau des Nürnberger Parteitages von neuem erklärt, daß für Schaffung einer seinen Ansprüchen genügenden Verwaltung noch sehr viel Zeit notwendig sei. Das Volk, sagte er in der Schlußrede, habe „ein Recht zu fordern, daß, wie auf allen Gebieten des sonstigen öffentlichen Lebens, so auch auf dem Gebiete der Politik seine fähigsten Söhne berücksichtigt werden“; in seiner

„Proklamation“ aber hatte er verlesen lassen: „Der konstruktive Ausbau der kommenden Führung der Nation durch ihre fähigsten Köpfe wird Jahre erfordern, die sinnngemäße Erziehung unseres Volkes viele Jahrzehnte.“ Das begreift man ohne weiteres, wenn man aus derselben Proklamation hört, für wie unerläßlich Hitler die innere Überzeugung hält: „Die Macht und ihre brutale Anwendung kann vieles, allein auf die Dauer ist ein Zustand nur dann als sicher anzusehen, wenn er in sich logisch und gedanklich unangreifbar erscheint“ („Völkischer Beobachter“, 2. u. 4. September 1933, Nr. 245 u. 247).

Dieser aufrichtigen Überzeugung von der Vernünftigkeit der Staatsleitung ist eine angemessene Freiheit politischer Erörterung nicht nur nicht hinderlich, sondern förderlich. „Der Staat“, schreibt Wilhelm Stapel in seiner Halbmonatsschrift „Deutsches Volkstum“ (2. Augustheft 1933, S. 702), „braucht ehrliche und offene Männer, die auch zu sagen wagen, was nach ihrer Meinung verkehrt ist. Aber ... es muß in anständiger Haltung Auge in Auge mit klaren Worten gesprochen werden. Auf eine Formel gebracht: es soll nicht kritisiert werden (das ist die liberale Form), sondern es soll deliberiert werden (das ist die konservative Form der Meinungsäußerung)... Kommen wir nicht zu einem deutschen Stil... der sachlichen Beratung, so versacken wir in Kriechertum und Angstmeierei.“

Größeren Widerstand als Teile des eigenen Volkes setzte der neuen deutschen Staatsführung die Weltmeinung entgegen. In der ausländischen Presse fehlte es nicht an günstigen Urteilen, aber die ungünstigen überwogen, und auch wo sie nicht oder nicht ganz zutrafen, standen oft starke politische oder wirtschaftliche Machtgruppen hinter ihnen. Bei der heutigen übernationalen Verflechtung des gesamten Völkerlebens gibt es ja immer weniger innerstaatliche Vorgänge, von denen sich behaupten ließe, sie hätten keinen Einfluß auf berechnete Interessen des Auslandes. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist die Judenfrage sehr ernst zu nehmen. Der Weltkongreß der Zionisten in Prag hat am 25. August 1933 mit großer Mehrheit die Entschließung angenommen: „Frei vom Gefühl der Feindseligkeit gegen das deutsche Volk, aber durchdrungen von der Verpflichtung zur Wahrung der Rechte des jüdischen Volkes, erheben wir feierlichen Protest gegen das Unrecht, das den deutschen Juden angetan wurde, und gegen ihre gesellschaftliche und moralische Diffamierung. Der Kongreß erklärt, daß die Zionisten der ganzen Welt nicht ruhen werden, bis die Entrechtung und Entwürdigung der Juden Deutschlands ein Ende nehmen“ („Vossische Zeitung“, 25. August 1933, Nr. 406). Und in einer Entschließung der jüdischen Konferenz in Genf, die einen allgemeinen Judenkongreß auf März 1934 anberaumte, drückte sich der Kampfwille vielleicht noch gefährlicher aus. Die Weltjudenschaft, hieß es dort, habe auf die Behandlung der Juden in Deutschland „instinktiv und spontan mit der Waffe des moralischen und ökonomischen Boykotts“ geantwortet und erwarte weiteren Gebrauch dieser Waffe sowie Unterstützung durch Nichtjuden („Frankfurter Zeitung“, 9. September 1933, Reichsausgabe).

Daß die deutsche Regierung den Weltfrieden nicht stören will, hat

der Reichskanzler oft in aller Öffentlichkeit wiederholt, und der preußische Minister Rust hat dafür dem niedersächsischen Verbands des Vereins für das Deutschtum im Auslande einen sehr triftigen Grund genannt: die Überzeugung, „daß ein Krieg die weiße Rasse im Selbstmord sterben lassen würde“. Ehe ein halbes Menschenalter vergehe, werde die europäische Jugend „einen wahren und echten Frieden aufbauen in gegenseitiger Achtung des Volkstums“ („Berliner Tageblatt“, 22. August 1933, Nr. 391). Das klingt allerdings angesichts der jetzt unter der europäischen Jugend vorherrschenden Stimmung nicht unwahrscheinlich. Beispielsweise zählen die „Pfadfinder“ in der außerdeutschen Welt noch weit über zwei Millionen Mitglieder, die alle der Losung „Freundschaft mit der ganzen Jugend jedes Landes“ folgen. Aus 47 Staaten, auch faschistischen, lagerten ihre Abgesandten im August 1933 im Parke des ungarischen Königsschlusses Gödöllö, wo ihr oberster Führer und Gründer, Lord Baden Powell, ihnen sagte: „Wir prägen in die Herzen die Lehre, daß wir unser Vaterland unbedingt lieben müssen, daß uns aber noch höher eine andere Liebe steht, die Liebe zum Reiche Gottes auf der ganzen Erde.“ Der „Völkische Beobachter“ (11. September 1933, Nr. 254) machte übrigens zu den Worten des tschechoslowakischen Wehrministers: „Damit wir Pazifisten sein können, müssen wir zuerst eine gesunde Armee haben, die stets der Schutz der Freiheit sein muß“, die Bemerkung: „Nun, wir Deutschen, und vor allem wir deutschen Arbeiter hätten gegen diesen Pazifismus nichts einzuwenden, wenn uns nur gestattet würde, nach dieser Lehre auch in unserem Deutschland leben zu dürfen!“ Richtig verstanden sind Wehrgedanke und Friedensbewegung durchaus vereinbar, aber auch so bleibt es von der gottgewollten und naturbedingten Einheit der Menschheitsfamilie her gesehen tief beschämend, daß trotz allseitiger Friedensversicherungen die Kulturvölker noch immer das Schauspiel mißtrauischer und habgieriger Nachbarn bieten, die Tag und Nacht bewaffnet gegeneinander auf der Lauer liegen.

IV.

Die richtige Auffassung vom Kriege, aber auch von der Politik überhaupt, von der Technik und von der Wirtschaft, hat nicht wenig darunter gelitten, daß man diese Gebiete zu sehr gegen sog. Kulturgebiete abgegrenzt hat. So teilt Dr. W. Spael, der auch eine Broschüre mit dem Titel „Die kulturellen Aufgaben der modernen Tagespresse“ geschrieben hat, in seinen an eine Pressekonferenz der Feuilletonredakteure im Ministerium für Volksaufklärung geknüpften ausführlichen Darlegungen („Kölnische Volkszeitung“, 23. Juli 1933, Nr. 197) den Inhalt der Zeitung in den tagespolitischen Teil, den Kulturteil und den Handelsteil, hält also Politik und Handel, wie es ja in der Tat einem weit verbreiteten Sprachgebrauch entspricht, für nicht so eigentlich „kulturell“ wie Wissenschaft und Kunst. Und doch sagt er sehr richtig: „Der Begriff der Kultur ist letztlich davon bestimmt, was dem einzelnen Menschen den Sinn und Zweck des Lebens ausmacht. Dieser Sinn überschattet, oft unbewußt, alle Lebensgüter.“ Das eben ist Kultur: sinnvolle Auffassung und Verwendung „aller Lebensgüter“, und darum liegt im Bereiche des Kulturbegriffes ebensowohl die

Kriegführung oder der Weizenhandel wie die liturgische Bewegung oder der Bau des Hauses der deutschen Kunst. Sobald unser Tun, was immer es sei, sinnvoll ist, hat es Kultur; sobald es aber ohne Rücksicht auf den Gesamtsinn des Lebens verläuft oder gedacht wird, ist es menschenunwürdig. Um also nicht der Entmenslichung der Politik und der Wirtschaft ungewollt Vorschub zu leisten, wird man sich wohl gegen einen Sprachgebrauch wehren müssen, durch den das Bewußtsein ihrer notwendigen Eingliederung in den Begriff der Kultur immer mehr verdrängt würde.

Voll von lebendigen Beziehungen zur Kultur der Gegenwart ist die packend geschriebene „Griechische Geschichte“ des Leipziger Professors Helmut Berve, deren zweiter Band (Freiburg 1933, Herder) vom Ende der Perikleischen Zeit über den Fall Athens und die Ausbreitung des Hellenismus unter Alexander dem Großen und seinen Erben zur politischen Auflösung führt und dennoch mit den stolzen Worten schließen kann, die Geschichte des „griechischen Geistes“ werde „nie am Ende sein, solange es europäische Menschen gibt. Wir denken in den Formen, wir messen an den Gestalten, wir leben in den Daseinsgesetzen der Griechen; der organische Ablauf ihrer Geschichte ist der Rhythmus unserer historischen Existenz. Das ist ihre ewige Macht und unser Schicksal. Doch daß wir die großen Lebensfragen beispielhaft von ihnen durchgekämpft sehen, daß sie unserem hilflosen Chaos die Ordnung des klaren Geistes und die Reinheit der schönen Form entgegenhalten, daß wir von ihnen lernen können, uns Mensch zu fühlen und Mensch zu sein, das macht sie uns im höchsten Sinne zu einem führenden Volk“ (345 f.).

Ein ebenfalls lehrreiches Beispiel segensvollen Zusammenwirkens nationaler und internationaler Bildungskräfte bietet die Geschichte der polnischen Jesuitenschulen von der Mitte des 17. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, die Stanislaus Bednarski S. J. in seinem Werke „Upadek i odrodzenie szkół jezuickich w Polsce“ (Krakau 1933, Wydawnictwo Ks. Jezuitów) auf Grund großenteils ungenutzter Quellen ausführlich darstellt. In den allgemeinen Verfall der höheren Bildung im Polen des 17. Jahrhunderts wurden auch die Jesuiten hineingerissen. Aber schon bald machten sich rettende Widerstände geltend, die es allmählich erreichten, daß der Lehrplan den Fortschritten Westeuropas besser angepaßt und Jahr um Jahr ein auserlesener Nachwuchs von Lehrern an italienischen, deutschen und französischen Universitäten herangebildet wurde. Die Schulen der polnischen und litauischen Jesuiten hatten sich infolgedessen gegen Ende des 18. Jahrhunderts, als der Orden aufgehoben wurde und der polnische Staat ebenfalls unterging, zu einer Höhe entwickelt, die den Vergleich mit den besten ausländischen Anstalten nicht zu scheuen brauchte. Dabei hatte die geistige Befruchtung durch das Ausland die nationale Gesinnung der polnischen Jesuiten so wenig geschwächt, daß einer ihrer maßgebenden Führer im Jahre 1767 schrieb: „Dem guten Staatsbürger muß das Wohl des Vaterlandes höher stehen als das Leben... In einem unglücklichen Vaterland kann niemand wahrhaft glücklich sein“ (479).

Eine alte Gefahr echter Bildung ist die Verkäuflichkeit der Bildungsmittel, und vor den wechselnden Formen dieser Verderbnis muß immer wieder gewarnt werden. Gegen die zunehmende Bedrohung der unabhängigen Buchkritik wandte sich der Londoner „Spectator“ (1. September 1933, S. 274). Viel zu weit sei in England schon die Unsitte eingerissen, daß der Verleger sich die Kritiker seiner Bücher auswählt, und daß er aus freundlichen Briefen, in denen ihm Leute von literarischem Ansehen für die Zusendung eines Buches danken, gedruckte Reklamen macht. Trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten muß es dabei bleiben, daß weder der Verleger noch der Verfasser den Kritiker bestimmt, sondern daß „der Schriftleiter die einlaufenden Bücher Kritikern von anerkannter Ehrlichkeit und Sachkenntnis übergibt, die sich zu nichts als zu einem aufrichtigen Urteil verpflichtet fühlen und bedenken, daß davon der Ruf des Blattes, in das sie schreiben, und ihr eigener abhängt“. Selbst wo Verleger und Verfasser Anlaß haben, sich gegen grobe Unzulänglichkeit einer Schriftleitung zu schützen, dürfen sie nicht zu Mitteln greifen, die schließlich die Kritik zu einem Täuschungsversuch machen würden. Ähnlich mahnte Adolf von Grolman („Die neue Literatur“, August 1933, S. 439), daß namentlich in der wissenschaftlichen Kritik „der Gefahr, Inzucht zu treiben oder in die Korruption abzugleiten, rechtzeitig und immer wieder ins Auge geblickt werden muß. Aber hier sind die ärgsten Mißstände, über die vor langen Jahren Nadler in dem vorzüglichen Vorwort zu seiner ‚Berliner Romantik‘ mit dankenswerter Deutlichkeit sich äußerte“. Und wer weiß, ob bei uns ausgeschlossen ist, was Mary Sinton Leitch in der Neuyorker Monatsschrift „Catholic World“ (August 1933, S. 576) erzählt? Ein bekannter Verleger habe sie vor kurzem brieflich eingeladen, zur Veröffentlichung an hervorragender Stelle eine Besprechung ihres eigenen Buches zu schreiben. Der Text könne beliebig viel Lob enthalten, möge aber 750 Worte nicht überschreiten und mit einem Scheck von 25 Dollar an den Briefschreiber gesandt werden!

Über das rege literarische Leben der Juden in Palästina erzählt in dem von der Universität Chicago herausgegebenen „Journal of Religion“ (Juli 1933, S. 276 f.) Millar Burrows von der Brown-Universität, der als Direktor der amerikanischen Schule für Erforschung des Morgenlandes in Jerusalem war. „In Palästina schreibt und druckt man in großer Zahl sowohl hebräische Originalwerke wie Übersetzungen wichtiger Bücher aus andern Sprachen. Als Beispiel für die Art dieser Bücher habe ich mir ‚König Odipus‘ (von Sophokles) und ‚Im Westen nichts Neues‘ (von Remarque) in hebräischer Übersetzung mitgebracht.“ Die Konzerte und namentlich die Theatervorstellungen seien von erstaunlicher Höhe. In der Unterhaltung mit Juden in Palästina habe er im allgemeinen „größere Belesenheit und einen viel weiteren Interessenkreis“ gefunden als bei den meisten Amerikanern.

Während sich die Mohammedaner Palästinas noch eifrig um die Erhaltung ihrer geistlichen und weltlichen Kultur bemühen, geben die leitenden Kreise Ägyptens allmählich beides preis. Seit zehn Jahren haben Tausende junger Ägypter an europäischen Hochschulen studiert. Im vorigen

Jahre waren es nach der Statistik des ägyptischen Unterrichtsministeriums 1122, davon 455 in England, 442 in Frankreich, 135 in der Schweiz, 60 in Deutschland. Im selben Jahre besuchten in Ägypten 15209 Knaben und 1304 Mädchen die vom Staat errichteten höheren Schulen mit europäischem Lehrplan, und die neue Staatsuniversität zählte 2381 Studierende, darunter 167 weibliche. Die altberühmte Mohammedaneruniversität El Azhar in Kairo verliert zusehends an Einfluß, und die Regierung kann den Islam, der Staatsreligion ist, zwar nicht offen sich selbst überlassen, aber sie begünstigt mehr die auch durch die Presse und die Technik unterstützte Hinwendung zu den weltlichen Geistesströmungen Europas.

V.

Unter dem Titel „Krise und Neuaufbau der exakten Wissenschaften“ (Leipzig 1933, Deuticke) sind fünf Wiener Vorträge angesehener Fachleute erschienen, in denen sich eine von weiten Kreisen nicht vermutete Unsicherheit auf diesen Gebieten durch die programmatischen Worte kundgibt: „Vielem, was bisher stets als exakt gültig angesehen wurde, können wir heute nur mehr approximative oder durchschnittliche Gültigkeit beimessen; vieles, was apriorisch gegolten hatte, wurde als empirischer Nachprüfung bedürftig oder als konventionelle Annahme erkannt; in manchen Fällen, in denen nach Sicherem gefragt wurde, forschen wir heute nur nach Wahrscheinlichem; vieles, wofür eine Erklärung gesucht worden war, stellte sich als bloß einer Beschreibung fähig heraus; vieles, was als evident oder auf Anschauung begründet angesehen war, erwies sich als falsch oder als bloß unter gewissen Voraussetzungen richtig.“

Erst recht wird den spiritistischen Behauptungen von manchen noch immer eine Gewißheit beigemessen, die ihnen nicht zukommt. Deshalb verdiente das gründliche Werk „Metapsíquica y espiritismo“ von F. M. Palmés S. J. (Madrid 1932, Editorial Razón y Fe) wohl eine deutsche Übersetzung, die freilich die mehr als 800 Seiten stark zusammenziehen müßte. Der Verfasser, Professor der Psychologie in Barcelona, kommt in seiner sehr umsichtigen, auf volle Beherrschung der Literatur gestützten Untersuchung zu dem Ergebnis, daß die von den Spiritisten angeführten Tatsachen teilweise keine Täuschungsversuche sind, aber ebensowenig eine Dazwischenkunft irgend welcher „Geister“ oder des Teufels beweisen, sondern sich mit unsern heutigen psychologischen Kenntnissen natürlich erklären lassen (769 f.). Soweit die Parapsychologie den Spiritismus zu stützen scheint, arbeitet sie unwissenschaftlich und wird deshalb mit Recht von der erdrückenden Mehrheit der auf dem Gebiete der biologischen Wissenschaften anerkannten Fachleute entschieden abgelehnt (663).

Irrige Vorstellungen über die heutige Verbreitung von Seuchen berichtet im „Jahrbuch der katholischen missionsärztlichen Fürsorge“ (Würzburg 1933, Missionsärztliches Institut) Professor Kurt Sonnenschein vom Tropeninstitut in Hamburg, der nachweist, daß „trotz aller Fortschritte der ärztlichen Kunst, der medizinischen und vor allem tropenmedizinischen Forschung diese den Menschen bedrohenden

Krankheiten jährlich noch vielen Millionen frühes Siechtum und vorzeitigen Tod bringen“ (31). Von wohl hundert Millionen Malariakranken in Britisch-Indien konnten nur etwa 8 Millionen behandelt werden. Russisch-Asien hat jährlich ungefähr eine Million Malariakranke, Europa rund anderthalb Millionen. Am Aussatz leiden in Europa 7000 Menschen, in Amerika 30 000, in Afrika eine halbe Million, in Asien mehr als eine Million. An der wegen leichter Einschleppungsmöglichkeit sehr gefährlichen Cholera erkrankt in Britisch-Indien jährlich eine Drittelmillion. Die Pest, der dort von 1896 bis 1925 rund elf Millionen Menschen erlegen sind, forderte 1930 immerhin noch 25 600 Todesopfer.

Obwohl mit solchen Schrecken die Schäden des Lärmes nicht ohne weiteres verglichen werden können, sind sie doch viel ernster, als die meisten ahnen. Aus einem Vortrage von Professor Wagner, dem Vorsitzenden des Fachausschusses für Lärmverminderung beim Verein deutscher Ingenieure, teilt die „Schönere Zukunft“ (13. August 1933, S. 1118) mit, daß in Betrieben mit Großlärm kaum jemand normalhörig bleibt und im Durchschnitt jeder zehnte fast taub ist. Daß Lärm auch die Arbeitsleistung vermindere, sei genau nachgewiesen. Es müsse gegen das Hupen der Motorfahrzeuge vorgegangen werden, das, selbst am Berliner Straßenlärm gemessen, meist viel zu laut sei. Durch neue Schalldämpfer lasse sich ohne Beeinträchtigung der Leistung das Motorgeräusch ebenfalls verringern. Auch bei Wasserleitungsrohren und Eisenbetonbauten könne man noch viel mehr Lärm verhindern. Erst recht aber müsse jedem „mutwilligen Lärmmacher“ beigebracht werden, daß er „ein Schädling am Wohlbefinden, an der Arbeitsfähigkeit, an der Gesundheit seiner Mitmenschen ist“.

Ein beachtenswerter Beitrag zu der Frage, ob Rassenmischung menschliche Hochleistungen möglich macht, wurde im „Anthropos“ (Mai-August 1933, S. 383 ff.) von H. F. Friederichs und H. W. Müller aus dem anthropologischen Institut des Professors Weidenreich in Frankfurt durch Untersuchung der Rassenelemente im Industal geliefert. Es ergab sich, „daß die Träger der hochstehenden Industal-Kultur im vierten und dritten vorchristlichen Jahrtausend eine Mischbevölkerung darstellten, die sich aus vier verschiedenen Rassenelementen zusammensetzte.“ Diese vier Elemente, das weddoide, das hamitische, das mongoloide und das armenoide, sind „auch in der heutigen Bevölkerung Indiens vertreten“.